

Deutscher Lehrerverein, Vertreterversammlung vom 16. bis 18. Mai 1921 in Stuttgart

Auf der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins (DLV), die vom 16. bis zum 18. Mai 1921 in Stuttgart stattfand, setzten sich die Delegierten insbesondere mit dem "Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung" auseinander. Dieser war vom Reichsministerium des Innern unter Erich Koch-Weser (DDP) unter Federführung des sozialdemokratischen Staatssekretärs Heinrich Schulz ausgearbeitet worden. Am 22. April 1921 erteilte ihm der Reichsrat seine Zustimmung und das Gesetz wurde dem Reichstag übersandt. In diesem Moment gelangte der Entwurf, der ein Kompromiss zwischen den Befürwortern und Gegnern christlicher Bekenntnisschulen sein sollte, an die Öffentlichkeit. Der Entwurf wurde auf der Versammlung, an der auch Schulz teilnahm, von den Delegierten scharf abgelehnt. Insbesondere wurde kritisiert, dass der Entwurf gestatte, bestehende Bekenntnisschulen zu erhalten und neue zu errichten. Der DLV als Verfechter der konfessionslosen Einheitsschule beschloss auf seiner Stuttgarter Vertreterversammlung zudem, eine großangelegte Kampagne gegen den Reichsschulgesetzentwurf durchzuführen.

Quellen:

Deutscher Lehrerverein. Verhandlungen der 29. Vertreterversammlung vom 16.-18. Mai 1921 in Stuttgart, Berlin 1921.

Literatur:

BÖLLING, Rainer, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918-1933 (Kritische Studien zu Geschichtswissenschaft 32), Göttingen 1978, S. 143-145.

Verhandlungen um ein Reichsschulgesetz 1920-1924; Schlagwort Nr. 3082.

Empfohlene Zitierweise:

Deutscher Lehrerverein, Vertreterversammlung vom 16. bis 18. Mai 1921 in Stuttgart, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 271, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/271.
Letzter Zugriff am: 24.11.2024.